

## Hebammen brauchen Hilfe

### Grüne: Staatsregierung muss sich mehr engagieren

Die Grünen im Bayerischen Landtag fordern von der Staatsregierung mehr Engagement zur Rettung des Berufstandes der Hebammen. „Gerade Bayern ist als Flächenland auf die Geburtshilfe angewiesen“, erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin Theresa Schopper. Es genüge nicht, wenn Gesundheitsstaatssekretärin Huml den Bundesgesetzgeber in der Pflicht sehe, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. „Die Staatsregierung muss sich aktiv im Bundesrat dafür einsetzen, dass aus den Ergebnissen des vom IGES-Institut erstellten Gutachtens zur Versorgungs- und Vergütungssituation der Hebammen in der außerklinischen Geburtshilfe auch Konsequenzen gezogen werden.“

Das Gutachten bestätigt die Kritik der Hebammen: Der Nettostundenlohn liegt unter zehn Euro, es gibt Regionen mit einer massiven Unterversorgung und wegen der gestiegenen Haftpflichtprämie von 70 % in den Jahren 2009-2012 ziehen sich Hebammen in großer Zahl aus der Geburtshilfe zurück. „Eine Jahresprämie von über 3000 Euro macht bei dieser Einkommenssituation dem Berufsstand der Hebammen den Garaus“, betont die grüne Gesundheitsexpertin.

Das Gutachten bestätige auch die Datenlücke in diesem Bereich. „Hier sind Bund und Länder gemeinsam gefragt, für eine tragfähige Datengrundlage zu sorgen. Hebammen leisten vor, während und nach der Geburt einen unerlässlichen Beitrag bei der Betreuung und Beratung werdender Mütter und Väter. Die durch das Gutachten nun vorliegenden Daten sollen in die Verhandlungen zwischen Krankenversicherungen und Hebammenverbänden einfließen, um den deutlichen Rückgang der Hebammen, die die Geburtshilfe anbieten, zu stoppen“, so Theresa Schopper.

07.05.2012, PM, Bündnis 90 / Die Grünen in Bayern